

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Drucksachennummer 339/2011						
Informationsvorlage								
Soziales Heinrich, Beate	öffentlich nicht öffentlich	☒ ☐						
Gremium:	TOP-NR:	Datum:						
Sozial- und Familienausschuss		15.11.2011						
Unterbringung von Personen aus der Obdachlosenunterkunft in Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt hier: Erfahrungsbericht								
Finanzielle Auswirkungen Kosten Produkt Haushaltsjahr Folgekosten Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☐ ja ☐ nein Deckungsvorschlag								
<u>UMWELTBELANGE</u> werden besonders berührt im Bereich: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td>☐ Abfall</td> <td>☐ Wasserhaushalt</td> <td>☐ Klima</td> </tr> <tr> <td>☐ Boden</td> <td>☐ Natur- und Artenschutz</td> <td>☐ Emissionen / Immissionen</td> </tr> </table>			☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima	☐ Boden	☐ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen
☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima						
☐ Boden	☐ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen						

Verwaltungserläuterung:

Im Sozialausschuss am 02.03.2010 hat die Verwaltung ein Konzept zur Unterbringung obdachloser Personen auf dem freien Wohnungsmarkt vorgestellt. Das Ziel ist es, Menschen, die in einer Obdachlosenunterkunft untergebracht sind, die Möglichkeit zu eröffnen, wieder auf dem freien Wohnungsmarkt Fuß zu fassen. Dies ist dieser Personengruppe aus eigener Kraft in der Regel nur schwer bis gar nicht möglich, da negative Schufa-Auskünfte die Anmietung von Wohnraum verhindern. Obdachlosenunterkünfte sind nur für die vorübergehende Unterbringung gedacht, werden jedoch mittlerweile in vielen Fällen zu Dauerunterkünften.

Erstmalig wurden im Haushalt 2010 Mittel in Höhe von 1.000 € für Aufwand und Erträge eingestellt, um bei möglicherweise ausbleibenden Zahlungen, z.B. der ARGE, Mieten und Stromkosten vorstrecken und anschließend wieder vereinnahmen zu können. In Gesprächen mit der Wohnungslosenhilfe der Caritas wurde vereinbart, dass auch von dort von dem Konzept Gebrauch gemacht werden sollte, sofern Vermieter anderweitig keinen Wohnraum zur Verfügung stellen wollen. Daher wurde der Ansatz der Untersachkonten im Haushaltsjahr 2011 erhöht.

Bislang wurden die Kostenstellen wenig genutzt. Allein die Zusage der Stadt, sich intensiv um die Nutzer zu kümmern, bei finanziellen Ausfällen einzuspringen und als Ansprechpartner bei Problemen zur Verfügung zu stehen, bewirkte, dass Vermieter damit einverstanden waren, Mietzahlungen direkt durch die Nutzer zu erhalten. In diesem Jahr hat sich auch die Gagfah bereit erklärt, Wohnungen über dieses Konzept zur Verfügung zu stellen.

Erstmalig wurde zum 01.12.2009 einem Bewohner der Hammerstr. 33 eine Wohnung beim Mettmanner Bauverein angeboten. Diese Person finanzierte sich noch kurze Zeit über das Arbeitslosengeld I dann über Arbeitslosengeld II. In der Übergangsphase von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II gab es immer wieder Schwierigkeiten mit der Beschaffung und Beibringung von Dokumenten. Dadurch kam es zum Ausbleiben von Zahlungen und dem erneuten Auftreten von Rückständen bei der Zahlung der Nutzungsentschädigungen. Diese konnten durch Einkünfte aus Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Job) und weiterem Verzicht von dem Klienten in Ratenzahlungen beglichen werden.

In vielen Gesprächen mit der Arbeitsagentur und dem früheren Arbeitgeber konnten die Zahlungshindernisse beseitigt und in Folge regelmäßig Arbeitslosengeld II gezahlt werden.

Außerdem gab es noch einige Altschulden. Hier wurden seitens des städtischen Mitarbeiters zusammen mit dem Klienten und den Gläubigern Gespräche geführt und Ratenzahlungen vereinbart. Dieses funktionierte zunächst auch sehr gut.

Es stellte sich aber heraus, dass die vorgelegten Verbindlichkeiten nicht vollständig waren und sich die finanziellen Probleme als umfangreicher darstellten. In einem Gespräch wurde der Klient dann an die Schuldnerberatung in Mettmann vermittelt.

Durch eine Langzeiterkrankung und die Teilnahme an einer Langzeitstudie an einer Klinik in Düsseldorf gab es immer wieder gesundheitliche Probleme. Die Person konnte aber immer wieder, gerade nach Rückschlägen, durch intensive Gespräche gut motiviert werden.

Zurzeit wird eine geeignete Arbeitsstelle gesucht. Seit dem Wegfall der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Job) arbeitet der Klient täglich in einem Ehrenamt bei der Stadt Mettmann.

In der 44. Kalenderwoche soll der Mietvertrag vom Mettmanner Bauverein (MBV) auf seinen Namen überschrieben werden.

Auch die GAGFAH Invest GmbH & Co. KG, Essen, hat die Möglichkeit eröffnet, Wohnraum über das Obdachlosenkonzept für die Stadt Mettmann anmieten zu können. Am 01.06. dieses Jahres hat ein Ehepaar aus der Obdachlosenunterkunft die Wohnung bezogen und wird seither von dem städtischen Mitarbeiter betreut.

Auch hier stehen finanzielle Probleme im Vordergrund, die mit der Schuldnerberatung zu besprechen sind.

Wie in allen Fällen, die über das Konzept betreut werden, finden auch hier regelmäßige Treffen statt. Bei diesen Treffen wird unter anderem auf finanzielle Veränderungen, Sauberkeit der Wohnung und der zu reinigenden Gemeinflächen (Treppe, Keller) geachtet und die Themen ggf. besprochen. Außerdem werden auch etwaige Probleme mit Nachbarn erörtert und nach Lösungen gesucht.

Zum November dieses Jahres wird eine weitere Einzelperson aus der Obdachlosenunterkunft in einer Wohnung der GAGFAH untergebracht und betreut.

Immer wieder werden seitens des städtischen Mitarbeiters Familien oder Einzelpersonen aufgesucht, die ihn kontaktiert haben und kurz vor der Kündigung stehen oder schon eine Kündigung der Wohnung erhalten haben. Hier kann oftmals Obdachlosigkeit vermieden

werden, indem gemeinsam mit dem Vermieter und dem Mieter Gespräche geführt werden. Es werden Rahmenbedingungen besprochen und festgeschrieben, die Voraussetzung sind, um das Mietverhältnis weiter führen zu können. Da es sich überwiegend um Zahlungsrückstände handelt, sind mögliche Rahmenbedingungen Ratenzahlungen, aber auch unterstützende Arbeiten am und im Haus. Motivierende Gespräche sind immer wieder notwendig.

Bei schon festgelegten Räumungsterminen werden die betreffenden Personen angeschrieben und Hilfe angeboten. Wie der Sachbearbeiter feststellen musste, ist aber die Scham so groß, dass der größte Teil der Betroffenen nicht zu ihm ins Rathaus kommt. Aus diesem Grund werden schon seit Jahren die zu räumenden Personen vor Ort aufgesucht. Dadurch kommen eher Kontakte zustande und es kann frühzeitiger geholfen werden, entweder eine neue Wohnung zu vermitteln oder auch die Räumung durch Vereinbarungen zu verhindern.